## **BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**

Stadtbürgerschaft 19. Wahlperiode Beschlussprotokoll

18. Sitzung 20. 09. 16

Nr. 19/205 S - Nr. 19/220 S

## Nr. 19/205 S

#### Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

Diskomeile endlich umgestalten
 Große Anfrage der Fraktion der SPD
 vom 24. Juni 2016
 (Drucksache 19/330 S)

Innenstadtentwicklung – wann wacht Rot-Grün endlich auf?
Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 9. August 2016 (Drucksache <u>19/345 S</u>)

 Der Putschversuch in der Türkei und die Auswirkungen auf die Städtepartnerschaft mit Izmir

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 5. August 2016 (Drucksache <u>19/344 S</u>)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. September 2016 (Drucksache <u>19/368 S</u>)

4. Neue Chancen für die Innenstadt eröffnen!

Antrag der Fraktion der FDP vom 13. September 2016 (Drucksache <u>19/366 S</u>)

## Nr. 19/206 S

## Fragestunde

1. Kunst am Bau

Anfrage der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis  $90/\mathrm{Die}$  Grünen vom 18. August 2016

2. Verkehrssituation in der Obernstraße

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. August 2016

3. Parkplätze für Menschen mit Behinderungen

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. August 2016

4. Gebärdensprache aufwerten

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. August 2016

5. Wann kommt die neue Brücke Braut-Eichen?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. August 2016

6. Stadtentwicklungsperspektiven in Hemelingen

Anfrage der Abgeordneten Jürgen Pohlmann, Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 23. August 2016

7. Arbeit des Kinder- und Jugendnotdienstes

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. August 2016

8. Lange Nacht der Bremer Museen

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. August 2016

9. Zukunft des Projekts "Wilder Westen"

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 23. August 2016

10. Sollen Baumpflegearbeiten aus den Budgets für stadtteilbezogene Jugendarbeit bezahlt werden?

Anfrage der Abgeordneten Jürgen Pohlmann, Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 24. August 2016

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Wie familienfreundlich sind die Bremer Bäder?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. August 2016

12. Planungen zur Verlängerung der Straßenbahnlinien 1 und 8

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Rainer W. Buchholz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 30. August 2016

13. Überwegungsrecht für das Harms-am-Wall-Grundstück

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Rainer W. Buchholz Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 7. September 2016

14. Freibäder in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Christian Schäfer, Piet Leidreiter und Gruppe ALFA vom 18. September 2016

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

## Nr. 19/207 S

#### Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

## Nr. 19/208 S

Mit einem Klick zur Baugenehmigung – wann kommt das digitale Bauamt in Bremen?

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 14. Juli 2016 (Drucksache <u>19/336 S</u>) Dazu

### Mitteilung des Senats vom 13. September 2016

(Drucksache <u>19/367 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

#### Nr. 19/209 S

## Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 11 vom 12. August 2016

(Drucksache <u>19/348 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

#### Nr. 19/210 S

## Gründung eines Gestaltungsbeirates in der Stadt Bremen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 19. August 2016 (Drucksache 19/350 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

## Nr. 19/211 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 97 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Bürohochhauses in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, An der Reeperbahn/Auf der Muggenburg

Mitteilung des Senats vom 23. August 2016 (Drucksache <u>19/354 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 97 (Vorhaben- und Erschließungsplan).

## Nr. 19/212 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 99 für die Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen-Altstadt an der Wilhelm-Kaisen-Brücke zwischen Weser und Martinistraße

Mitteilung des Senats vom 30. August 2016 (Drucksache 19/358 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 99.

## Nr. 19/213 S

#### Die Schulen im Dorf lassen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 20. September 2016 (Neufassung der Drs. <u>19/360 S</u> vom 6. September 2016) (Drucksache <u>19/375 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

#### Nr. 19/214 S

#### Erhalt der Grundschulstandorte Seehausen und Strom

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 20. September 2016 (Drucksache 19/374 S)

Die Stadtbürgerschaft spricht sich für den Erhalt der beiden Schulstandorte Seehausen und Strom aus.

### Nr. 19/215 S

## Kommunale Immobilien für soziale Zwecke nutzen: Kita-Plätze an der Berckstraße erhalten und ausbauen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 6. September 2016 (Drucksache <u>19/361 S</u>)

- Solange keine bedarfsgerechte Dauerversorgung mit Kindergartenplätzen für Null- bis Sechsjährige in den Stadtteilen Schwachhausen, Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland sichergestellt und nachgewiesen ist, wird die Immobilie "Altes Ortsamt Horn-Lehe" nicht verkauft.
- 2. Der Senat wird aufgefordert, die im Gebäude vorhandene Kita zu erhalten und zu prüfen, ob sie entsprechend des Bedarfs ausgebaut werden kann, soweit die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind und sich dies nach den Vorgaben der Landeshaushaltsordnung wirtschaftlich darstellen lässt. Der städtischen Deputation für Kinder und Bildung ist bis zum 30. Oktober 2016 Bericht zu erstatten.
- 3. Der Senat wird aufgefordert, bei seinen regelmäßigen Berichten über geplante oder mögliche Veräußerungen von öffentlichen Immobilien im städtischen Haushalts- und Finanzausschuss jeweils auch darüber zu berichten, ob und unter welchen Bedingungen diese Immobilien für eine weitere öffentliche Nutzung, u. a. in der Kindertagesbetreuung oder der Flüchtlingsunterbringung, infrage kommen.

## Nr. 19/216 S

- 1. Änderung des Bebauungsplanes 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen
- Charlotte-Wolff-Allee
- Holthorster Weg
- den "Vereinigten Anstalten Friedehorst"

Mitteilung des Senats vom 6. September 2016 (Drucksache 19/362 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplanes 1209.

## Nr. 19/217 S

# Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 12 vom 9. September 2016

(Drucksache 19/365 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

#### Nr. 19/218 S

Ton- und Bildaufnahmen im Beirat ermöglichen – Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 19. September 2016 (Neufassung der Drs. 19/369 S vom 15. September 2016) (Drucksache 19/371 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

#### Nr. 19/219 S

Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung vom 5. Januar 2016

(Drucksache 19/84 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Bürgerantrag ab.

## Nr. 19/220 S

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses zum Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung vom 20. September 2016

(Drucksache 19/372 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- binnen zwölf Monaten nach Beschlussfassung die öffentliche Beschaffung von tierisch erzeugten Lebensmitteln für öffentliche Veranstaltungen der Stadt Bremen, welche diese unmittelbar selbst durchführt (z. B. für öffentliche Empfänge im Rathaus) auf Produkte umzustellen, die mindestens den Kriterien der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen entsprechend produziert werden.
- binnen zwölf Monaten nach Beschlussfassung der Stadtbürgerschaft einen mehrstufigen Aktionsplan vorzustellen, der aufzeigt, wie aufwendungsneutral
  - a) bis zum Jahr 2022 die Beschaffung von tierisch erzeugten Lebensmitteln für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen auf Produkte umgestellt werden kann, die mindestens den Kriterien der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen entsprechend produziert werden. Dies gilt für Kitas und Schulen, soweit sie Dienststellen oder Unternehmen der Stadtgemeinde Bremen sind, auf die die öffentliche Hand aufgrund von Eigentum, finanzieller Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann.
  - b) bis zum Jahr 2024 die Beschaffung von tierisch erzeugten Lebensmitteln für die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung in Krankenhäusern zu 75 % auf Produkte umgestellt werden kann, die mindestens den Kriterien der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen entsprechend produziert werden. Langfristig soll die komplette Umstellung erfolgen. Dies gilt für Unternehmen der Stadtgemeinde Bremen, auf die die öffentliche Hand aufgrund von Eigentum, finanzieller Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann.
- 3. zur Umsetzung des mehrstufigen Aktionsplans eine entsprechende Anpassung der öffentlichen Beschaffungsrichtlinien und der Pachtverträge für Kantinen

in Dienststellen und Unternehmen der Stadtgemeinde Bremen, auf die die öffentliche Hand aufgrund von Eigentum, finanzieller Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann, zu überprüfen und ggf. vorzunehmen.

4. bei der Beschaffung von tierisch erzeugten Lebensmitteln in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung nach Möglichkeit regionale Produkte zu bevorzugen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

